



Prof. Dr. Heribert Hirte
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 - 77830
E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

Berlin, zum 26. Dezember 2017

PRESSEMITTEILUNG

Thema der Christenverfolgung verdient mehr Öffentlichkeit

Am zweiten Weihnachtsfeiertag gedenkt die Katholische Kirche in einem weltweiten Gebetstag der verfolgten und bedrängten Christen. Dazu erklärt der Vorsitzende des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heribert Hirte:

„Seit vier Jahren setze ich mich gemeinsam mit meinen Kollegen aus der Unionsfraktion für Christen ein, die in ihrem Glauben behindert und um Jesu Willen benachteiligt oder gar verfolgt werden. Und ich muss feststellen: Seit vier Jahren wird die Situation dieser Menschen nicht besser, sondern schlechter. Deshalb rufe ich alle Christen dazu auf, gerade an einem Tag wie heute, für ihre bedrängten Glaubensbrüder und -schwestern zu beten!

Ich persönlich glaube fest an die Kraft des Gebets und weiß, dass die betroffenen Christen in aller Welt unsere Solidarität spüren. Möge unser Gebet ihnen neue Hoffnung schenken. Meine Solidarität gilt nie allein den Christen, sondern selbstverständlich allen religiösen Minderheiten, die unter Diskriminierung leiden! Wir setzen uns für Christen ein, damit sich die Situation auch für andere verbessert. Es ist für diese Menschen wichtig zu wissen, dass wir sie nicht vergessen haben.

Am heutigen Stephanustag bete ich insbesondere für die Christen im Norden Nigerias. Regelmäßig leiden sie unter Attentaten, Entführungen und brutaler Gewalt, unter anderem durch die islamistische Terrorgruppe Boko Haram. Die ungerechte Macht- und Ressourcenverteilung scheint dort das Kernproblem zu sein. Die Religion dient allerdings dazu, vorhandene Konflikte noch weiter aufzuladen. Dass in den nördlichen Bundesstaaten des Landes seit 1999 für Muslime die Scharia gilt, sorgt zusätzlich für Angst und Misstrauen zwischen Christen und Muslimen. Umso wichtiger ist es, den christlich-islamischen Dialog zu intensivieren.

Klar ist: Unsere Fürbitten ersetzen nicht den Einsatz, den wir auf politischer Ebene leisten können. Die Mitglieder des Stephanuskreises werden sich auch in dieser Legislaturperiode für das Recht der Religionsfreiheit stark machen und sich für unterdrückte Christen einsetzen. Wir sind nicht bereit, Einschränkungen dieses Menschenrechts hinzunehmen und betonen dies in allen Gesprächen, die wir auf internationalem politischem Parkett führen. Ein künftiger deutscher Sonderbeauftragter für Religionsfreiheit könnte auf den Schutz von Christen im außenpolitischen Handeln noch größeres Gewicht legen.

Aber unser Wirken entfaltet erst dann seine volle Kraft, wenn wir die Öffentlichkeit hinter uns wissen. Deshalb ist es wichtig, dass das Thema Christenverfolgung öffentlich, auch in den Medien, diskutiert wird. Natürlich kann das Thema ausgenutzt werden, um bestimmte Religionen zu diffamieren und um Muslime generell zu Tätern und Christen zu Opfern zu erklären. Das Thema aber zu ignorieren, um ja nicht in Verdacht zu geraten, islamfeindlich zu sein, halte ich für falsch. Wir müssen anerkennen, dass konstruktive Religionskritik zur Aufklärung gehört.

Hintergrund: Der 26. Dezember ist der Gedenktag des heiligen Stephanus, des ersten christlichen Märtyrers und Namensgebers des Stephanuskreises. Das überkonfessionelle Gesprächsforum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt für Toleranz und Religionsfreiheit ein und kümmert sich um die Situation verfolgter Christen in aller Welt. In dieser Legislaturperiode hat sich der Gesprächskreis noch nicht wieder neu konstituiert.